



**landkreis
hameln-pyrmont
der landrat**

Fraktionsantrag

Vorlage Nr. 35/2013

Datum: 19.03.2013

<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich
<input type="checkbox"/>	nicht öffentlich

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	09.04.2013	6
Kreisausschuss	30.04.2013	

TOP	Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN auf Freigabe der Investitionsmittel für die Baumaßnahme an der Elisabeth-Selbert-Schule, Standort Brösselweg
------------	---

Beschlussempfehlung

Der Sperrvermerk bei der Maßnahme „Maschinenhalle Elisabeth-Selbert-Schule“ wird aufgehoben.

Begründung

Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung/den Haushaltsplan 2013 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 18.12.2012 -TOP 31- beschlossen, diverse Baumaßnahmen im Schulbereich bis zur Vorlage eines Schulentwicklungskonzeptes mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Entscheidung über die Aufhebung der Sperrvermerke obliegt dem Kreisausschuss.

Von dieser Sperre ist unter anderem die mit 600.000 € im Haushaltsplan 2012 und einer Verpflichtungsermächtigung von 200.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 veranschlagte Maschinenhalle an der Elisabeth-Selbert-Schule, Standort Brösselweg, (I.000190.500) betroffen.

Mit Schreiben vom 07.03.2013 hat die Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN nunmehr die Freigabe der Investitionsmittel für die Baumaßnahme „Brösselweg“ beantragt. Zu den Einzelheiten wird auf den als Anlage beigefügten Antrag verwiesen. Ergänzend zum Antragstext ist darauf hinzuweisen, dass an der Elisabeth-Selbert-Schule die duale Ausbildung im Berufsfeld Agrarwirtschaft für die Landkreise Hameln-Pyrmont, Schaumburg und Holzminden durchgeführt wird. Dieses Berufsfeld soll auf jeden Fall dauerhaft in Hameln erhalten bleiben und es müssen entsprechende Unterrichtsräume (vergleichbar mit Werkstätten) zur Verfügung stehen. Der bauliche Zustand der derzeitigen Maschinenhalle ist mittlerweile so schlecht, dass dringender Handlungsdruck besteht.

Für den praktischen Unterricht ist es sinnvoll, die erforderlichen Unterrichtsstätten in unmittelbarer Nähe zur benachbarten Ackerfläche vorzuhalten. Eine Verknüpfung mit der perspektivisch geplanten Zentralisierungsmaßnahme erscheint daher nicht sachgerecht.

Verwaltungsseitig wird daher empfohlen, den Sperrvermerk aufzuheben.

Finanzielle Auswirkungen:

siehe oben

Demographischer Wandel:

keine Auswirkungen

Inklusion:

keine Auswirkungen

Hameln, 19.03.2013

Rüdiger Butte

Anlage

Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN vom 07.03.2013